

UB Braunschweig 84



2241-164-8

Die Aufsicht über die Volksschulen.

Vortrag, gehalten von

W. Drude,

Superintendent und Schulinspektor.

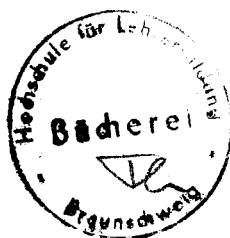
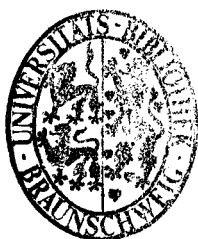


Separatabdruck aus den evang.-luth. Wochenblättern.

Wolfenbüttel.

Julius Zwißler.

1903.



~~12 54~~

Die Schulaufsichtsfrage, die augenblicklich bei uns lebhaft die Geister bewegt, ist schon seit Jahrzehnten auf Lehrerversammlungen, in Landtagen, in pädagogischen und theologischen Zeitschriften erörtert, namentlich seit Anfang der 80er Jahre unter dem Einfluß des Buches von Dörpfeld: „Ein Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule nebst Vorschlägen zur Reform der Schulverwaltung.“ Aber neuerdings ist die Erörterung der Schulaufsichtsfrage doch in ein neues Stadium getreten, insofern als sie auch in die kleineren Staaten Deutschlands, in denen die geistliche Schulaufsicht bisher wesentlich unangefochten war, wie in Braunschweig und Oldenburg, hineingetragen ist mit der energischen Tendenz, den bisherigen Rechtszustand zu Fall zu bringen, und insofern als auf Seiten der Geistlichen selbst die Stimmen sich mehrten, welche die geistliche Schulaufsicht in ihrer jetzigen Gestalt für unhaltbar erklären. Bisher waren es wesentlich nur einzelne, dem Evangelischen Schulkongreß und dem Evangelischen Lehrerbunde zugehörige oder nahestehende Geistliche, die im Sinne eines Dörpfeld und Zilleßen geneigt waren, die geistliche Schulaufsicht fallen zu lassen, freilich nur unter der Bedingung, daß durch eine Aenderung der Schulorganisation in Preußen und anderen Staaten ein dauernder Einfluß der Kirche auf die Schule sicher gestellt würde, neuerdings aber erklären sich viele Geistliche, meist in Folge von Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, welche die Schulaufsicht ihnen gebracht hat, für unbedingte Aufgabe der jetzigen geistlichen Schulaufsicht, und kirchliche Kreise, ja Vertreter des Kirchenregiments sehen die Tage der geistlichen Schulaufsicht für gezählt an und meinen nur die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes durch die Kirche festhalten zu können (so Raftan „Vier Kapitel von der Landeskirche“).

Bei dieser Sachlage muß sich uns die Frage aufdrängen, ob nicht die immer lauter werdenden Stimmen recht haben, die die geistliche Schulaufsicht für entbehrlich und veraltet erklären, und ob es nicht der Situation der Kirche wie ihren pflichtmäßigen Interessen entspricht, die brüchig gewordene Schulinspektion allmählich aus der Hand zu geben.

Es gilt ernstlich die Frage nach der Berechtigung der geistlichen Schulaufsicht zu prüfen. Nur dann, wenn wir gegen-

über allen Bedenken und Einwänden die Ueberzeugung festhalten können, daß die jetzige Art der Verbindung von Kirche und Schule im unveräußerlichen Interesse von Staat, Kirche und Volkswesen liegt, nur dann werden wir mit voller Freudigkeit und Entschiedenheit den Zeitströmungen, welche das äußere und innere Band zwischen Kirche und Schule zerschneiden und lockern wollen, entgegentreten können und mit Klarheit und heiligem Ernst den Aufgaben ins Angesicht sehen, die aus der jetzigen Zeitlage uns erwachsen.

Der feste Punkt, von dem wir auszugehen haben, ist das Recht, welches die Kirche zunächst auf Beteiligung beim Religionsunterricht hat. Neuerdings wird freilich nicht bloß mehr von kirchenfeindlicher Seite, sondern auch von wohlgesinnten Pädagogen (Rein) ausgesprochen, daß der Kirche nur ein ideeller Einfluß auf den religiösen Unterricht in der Volksschule zustehe, daß dagegen die Festsetzung des Inhalts dieses Unterrichts Sache der Pädagogik und die Aufsicht darüber Sache des Staates sei. Man vergißt aber bei dieser Stellungnahme vollständig, daß das Recht auf die Erziehung der Kinder und die Verantwortlichkeit dafür nicht nur der Staat hat, sondern zunächst die Eltern, denen Gott die Kinder anvertraut hat, und dann die Kirche. Durch den Taufakt erhält die Kirche ein Recht, an der christlichen — und da es kein allgemeines Christentum gibt, sondern nur ein konfessionelles — an der konfessionellen Erziehung der Kinder mitzuarbeiten. Beide, Eltern und Kirche, sind deshalb von Gewissenswegen gehalten, dafür zu sorgen, daß alles geschehe, die Kinder im christlichen Glauben nicht bloß zu unterrichten, sondern auch zu erziehen. Wenn nun der Staat die Kinder unseres Volkes fast ein Jahrzehnt beansprucht, um sie in die Schule zu schicken, so haben Eltern und Kirche ein Recht, den Nachweis zu verlangen, daß die Schule das religiöse Bewußtsein nicht nur schon, sondern dasselbe auch in der Zeit der Bildungsamkeit entwickelt und zwar im Sinne und Geiste der Kirche, der die Kinder angehören. Wollte der Staat solche Garantien verweigern, so bliebe christlichen Eltern nichts anderes übrig, als zur Errichtung von freien Schulen zu schreiten. Die Kirche würde solche Eventualitäten auf sich nehmen müssen und können; die Erfahrungen der evangelischen Gesellschaft in Bern zeigen, daß die Konkurrenz der Freischule schließlich die Staatschule aus dem Felde schlagen kann.

Aber gottlob haben wir in Deutschland keine Staatsbehörden, die das Band von kirchlicher und staatlicher Volks-

schule zerreißen wollen. Vielmehr wird bei uns an maßgebenden Stellen fast durchweg die Volksschule nicht nur als kulturelle Bildungsanstalt, sondern als Erziehungsanstalt gewertet, die durch Unterricht, Zucht und Leitung alle Geisteskräfte der Schüler gleichmäßig zu entwickeln, diesen die richtige Lebensanschauung beizubringen und sie zu einem sittlichen Leben hinzuführen hat, und dementsprechend der Unterricht in der christlichen Religion, der Trägerin aller wahren Zucht, als das Zentrum des gesamten Schulunterrichts angesehen. Der moderne Geist drängt freilich mit Macht dahin, die Volksschule wesentlich zum intellektuellen Bildungsinstitut zu gestalten; es ist bedeutsam, daß die These des Rektors Burgwardt auf der Lehrerversammlung in Hamburg: „Die deutsche Volksschule ist ihrem Hauptzweck nach Erziehungsschule zur sittlichen Bildung der Jugend und erst auf dieser Grundlage Unterrichtsanstalt zur intellektuellen Bildung“ gewaltigen Widerspruch hervorrief. Aber vorläufig steht noch gegenüber der modernen Anschauung als ein *Karêxov* (2. Thess. 3, 6), die in der Schulgesetzgebung der deutschen Staaten und vor allem auch in unserer Schulgesetzgebung niedergelegte Anschauung der Staatsmänner, daß die Volksschule primär Erziehungsanstalt ist, die mitzuhelfen hat an der Erziehung christlich frommer und rechtschaffener Menschen, treuer Untertanen und nützlicher Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft (§ 6 der Dienstinstruktion vom 29. Oktober 1836).

Liegt aber so, daß einerseits die Kirche erwarten und dafür sorgen muß, daß ihre Kinder in der Schule christlich und dem Geiste ihrer Kirche entsprechend erzogen werden, und liegt so, daß der Staat anerkennt: Die Volksschule als die allgemeinste Bildungsanstalt eines christlichen Volkes muß den Unterricht im Christentum zum Mittelpunkt haben, dann kann man die Kirche auf dem Gebiete der Schulverwaltung nicht einfach beseitigen, dann kann man die Kirche auch nicht mit einer rein ideellen Einwirkung auf die Schule abspeisen, etwa in der Weise, daß die seelsorgerliche Wirksamkeit des Geistlichen den Einfluß der Kirche auf die religiös-sittliche Förderung der Gemeinde, somit auch der Schule und des Lehrers sichern soll (Rein) — solche Einwirkung würde nur bei wahrhaft idealen Gemeindeverhältnissen ausreichen —, vielmehr muß die Kirche als Erziehungsfaktor in der Schule zugelassen werden.

Wenn die Gesetzgebung die Diener der Kirche eng mit dem Werke der Schule verbunden hat, so haben sie also nicht

bloß Gründe der Pietät und historische Erinnerungen geleitet, sondern tiefere, innere, fortwährende Gründe — die Notwendigkeit, das Recht anzuerkennen, welches die Kirche zunächst auf Beteiligung beim Religionsunterricht hat, das Bewußtsein, daß der Kirche, wenn sie ihrer Idee treu bleibt, das lebendigste Interesse an der Veredlung der Menschheit überhaupt einzuwohnen muß, das Bewußtsein von der ethischen Macht, welche die Kirche durch ihre Diener auch zu Gunsten der Schule auszuüben vermag.

Wie kommt nun die sachentsprechende Beteiligung der Kirche an der religiösen Schulerziehung zu ihrem Rechte? Da, sagt Raftan, wo erstens bei Ausbildung der Lehrer die Kirche nicht unbeteiligt bleibt, zweitens die Bestimmungen über den Inhalt des religiösen Unterrichts nicht ohne Zustimmung der Kirche getroffen werden, drittens der Kirche eine Mitaufsicht über diesen Unterricht wie über alles, was zur religiösen Schulerziehung gehört, gesichert ist. Gewiß ist im wesentlichen hierdurch der Kirche auf ihrem eigensten Gebiete Anteil an der Schularbeit eingeräumt, aber genügt diese Art der Regelung ganz? Raftan selbst, wenn er nicht bloß Anteil am Religionsunterrichte, sondern auch an der religiösen Schulerziehung der Kirche zuweist, gesteht, ohne es zu wollen, zu, daß die christlich-kirchliche Erziehung in der Schule nicht zu ihrem vollen Rechte kommt, wenn die Kirche nur den Religionsunterricht mit zu beaufsichtigen hat. Es ist die Gefahr vorhanden, daß der Unterricht in andern Fächern, wie in Geschichte, Naturkunde, Geographie das vernichten kann, was der Religionsunterricht gegeben hat, und Tatsache ist, daß bei dieser Regelung der Religionsunterricht als ein Unterrichtsfach neben anderen erscheint, nicht mehr als der Zentralpunkt, von dem aus alle unterrichtliche und erziehlische Tätigkeit des Lehrers sich zu beleben hat, und der mit allen Unterrichtsfächern in lebendigster Beziehung zu stehen hat.

Hat doch der religiöse Unterricht seine Elemente nicht bloß aus dem Worte Gottes, sondern auch aus Natur, Kunst und Geschichte zu nehmen und trifft mit dieser Aufgabe das Herz aller Bildung; es ist für ihn nicht gleichgültig, sondern von größter Bedeutung, wie sich das Geäder der Bildung verzweigt. Und die Pflege der christlichen Sittlichkeit umfaßt alle Lebenszwecke des Menschen; es ist für die Sittlichkeit also nicht gleichgültig, sondern von größter Bedeutung, wie die heranwachsende Generation für die verschiedenartigen Lebenszwecke erzogen wird. Nun, wenn dem so ist, so ist es

gewiß berechtigt, daß die Diener der Kirche ein warmes Herz für die Beredlungsarbeit an der Menschheit überhaupt in der Brust tragen und berufen sind, an dem ganzen Werke der Volksschule mitzuarbeiten. Es ist um so mehr Anlaß an diesem Berufe der Kirche festzuhalten, als diese die Beteiligung an der Erziehungsarbeit in den höheren Schulen mehr, als wünschenswert ist, sich hat nehmen lassen, obwohl sie zur Mitarbeit hier, wenn auch in anderem Maße als bei der Volksschule, so gewiß berufen ist, wie die höheren Schulen prinzipiell ebenfalls Erziehungsanstalten sind.

Die Anschauung, daß die Kirche berufen ist, an dem ganzen Werk der Volksschule mitzuarbeiten, wird von einem neueren Pädagogen im Gegensatz zu dem in pädagogischen Kreisen vielfach üblichen Beiseiteschieben der Kirche nachdrücklich vertreten, von Dörpfeld, freilich in eigenartiger Weise. Dörpfeld und mit ihm der deutsch-evangelische Schulkongreß und der Evangelische Lehrerbund treten dafür ein, daß der Kirche ein Mitwirkungsrecht auf dem Gebiete der gesamten Schulverwaltung zustehe. In Betreff der Schulorganisationsfrage erklären sie (auf dem 4. deutsch-evangelischen Schulkongreß zu Hannover), ist zu fordern, daß der Kirche ein Recht der Mitwirkung bei der Lehrerbildung und bei der Anstellung der Lehrer und der Schulinspektoren zuerkannt werde. Die Ortsschulbehörde ist so einzurichten, daß sämtliche Interessentenkreise, Kirche, Staat, bürgerliche Gemeinde, Schulgemeinde und Schulamt vollgültig vertreten sind; dem Pfarrer ist der Vorsitz im Schulvorstande zu übertragen. Der Aufsicht des Schulvorstandes unterliegt das ganze äußere und innere Gebiet der Schule abgesehen von der methodisch-technischen Seite, die der fachmännischen Schulaufsichtsbehörde untersteht.

Dem Schulvorstande und insbesondere dem Geistlichen fällt demnach u. a. die Aufsicht über den Lebenswandel des Lehrers, über die Schulzucht und überhaupt den erzieherischen Geist der Schule zu. So lange die vorstehend geforderte Reorganisation des Volksschulwesens nicht erfolgt ist, und insonderheit, so lange das Schulaufsichtsgesetz in Preußen vom 11. März 1872 bestehen bleibt, welches dem Staate allein die Schulaufsicht zuweist und die Kirche von der Schulverwaltung ausschließt, sollen die Pfarrer verpflichtet sein, sich mit der staatlichen Schulinspektion betrauen zu lassen. Die Uebertragung der Volksschulinspektion an andere Persönlichkeiten als die Pfarrer liegt weder im Interesse der Kirche, noch der Schule, noch des Staates.

Diese Thesen sind dadurch bedeutsam, daß sie die klare Erkenntnis aussprechen: Die Schule ist kein selbständiges Institut, das, allein unter der Leitung von Schulmännern stehend, vom Volksleben sich abgrenzen kann, vielmehr ein Institut, das berufen ist, den Eltern, dem Staate, der Kirche zu dienen und deshalb angewiesen, in direkter lebendiger Beziehung zu diesen drei Kreisen zu stehen und Vertreter der Familie, der Kirche und des Staates in seiner Leitung und Verwaltung zu haben. Diese Thesen sind weiter dadurch bedeutsam, daß sie als ein gewichtiger Versuch sich darstellen, in Preußen eine einheitliche und organische Mitwirkung der Kirche auf dem Gesamtgebiete des Volksschulwesens, vornehmlich an der Arbeit aller Aufsichtsinstanzen zu erreichen.

Freilich eine Institution, durch welche in Preußen der Einfluß der Kirche auf die Volksschule jetzt vor allem sich vermittelt, wollen Dorpfeld und seine Anhänger beseitigt wissen, die eigentliche geistliche Lokalaufsicht. Das führt zu der Frage: Ist Lokalaufsicht überhaupt nötig? Man bezeichnet sie jetzt als entbehrlich, da die im Vergleich zu früher gesteigerte Lehrerbildung eine spezielle Beaufsichtigung als unnötig, ja als ein Zeichen unberechtigten Mißtrauens erscheinen lasse. Aber Ortschulinspektion ist nötig und wird alle Zeit nötig bleiben. Das ist darin begründet, daß kein einziger Stand in der Welt wie der des Volksschullehrers in der Lage ist, einen solchen Einfluß auf Unmündige auszuüben. Die Kinder, die Hoffnung der Eltern, der Kirche und des Volkes sind in unentwickeltem, urteilslosem, wehrlosem Alter dem Lehrer innerhalb der vier Wände der Schule auf 2—6 Stunden täglich und für 7—8 Jahre in die Hand gegeben. „Jeder andere Stand hat es mit mündigen, urteils- und sozusagen verteidigungsfähigen Menschen zu tun. Die Stellung eines Lehrers in seiner Schule ist eine so durchaus souveräne und darum verantwortungsvolle, wie sie ein unumschränkter Herrscher nicht hat.“ (Vossert). Diese souveräne Gewalt ruht oft in den Händen von Lehrern, die in einem jugendlichen Alter stehen, in dem andere Berufsarten keine so selbständige und verantwortungsvolle Stellung einnehmen.

Deshalb haben zunächst die Eltern ein Recht auf Kontrolle der Schule. Eine Kontrolle der Eltern selbst durch Ausfragen der Kinder würde die Autorität des Lehrers und das Vertrauen der Kinder erschüttern. Eine Kontrolle durch Anwesen der Eltern beim Unterricht, wie sie der Züricher Schulgesetzentwurf zugesteht, führt auf zweifelhafte Bahnen.

Das Entsprechendste ist, daß einer Persönlichkeit, welche die Eltern in gleicher Weise vertritt, wie den Staat und die Kirche, das Recht gegeben wird, jeden Augenblick die Schule zu besichtigen. In größeren Schulkomplexen übt der Leiter der Schule diese erforderliche ständige Aufsicht aus, auf dem Lande kann nur ein Ortsschulinspektor sie leisten; die Bezirkschulinspektion würde nicht dazu ausreichen, da sie günstigenfalls monatlich einmal in jeder Schule ausgeübt werden kann und nicht in genügend unmittelbarer Verbindung mit den Eltern steht. Fällt die Ortsschulinspektion als staatliche Ordnung, so ist nichts natürlicher, als daß die Eltern das Recht fordern, jederzeit in die Schule freien Eingang zu haben.

Notwendig ist die Ortsschulinspektion ferner um der Kinder willen, um ihre leibliche und geistige Gesundheit zu wahren, um sie insonderheit gegen übertriebene Anforderungen in häuslichen Arbeiten, gegen Ausbrüche leidenschaftlichen Zorns und gegen Ansprüche des Eigennutzes zu schützen. Der Bezirkschulinspektor wird von etwa in dieser Beziehung vorhandenen Mißständen so leicht nichts erfahren; wenn es dahin kommt, ist schon eine für die Schule wenig förderliche Stimmung bei den Eltern erwacht.

Auch für den Lehrer ist die Ortsschulinspektion eine Wohltat. Abgesehen von der persönlichen Förderung, die sie dem Lehrer für sein Amt bringen kann, und die von der Bezirkschulinspektion, wenn diese nicht geradezu über die Schranken von Raum und Zeit sich hinweghebt, in dem Maße nicht ausgeübt werden kann, ist die Ortsschulinspektion ein Schutz nach oben gegen den plötzlich überfallenden Visitator, der den Lehrer nach zufälligen, etwa durch momentane Befangenheit hervorgerufenen Erscheinungen zu ungünstig beurteilt, ein Schutz für den Lehrer gegenüber den Gemeindebehörden, die vielleicht unbillige Ansprüche an ihn stellen, ein Schutz des Lehrers gegen die Eltern, gegen ihre unberechtigten Forderungen und Vorwürfe, auch gegen Klagen, bei denen die Eltern vielleicht einiges Recht haben, ein Schutz für die Lehrer in ihrem Verhältnis zu einander, insofern, als bei Mißverständnissen, bei mangelndem Zueinanderarbeiten, bei Unklarheiten über gemeinsam zu erörternde Angelegenheiten die Ortsschulinspektion als Instanz, die den Tatbestand und die Persönlichkeit der Lehrer genau kennt, unparteiisch leitend und ausgleichend wirken kann.

Es ist neuerdings freilich insbesondere bestritten, daß der Lehrer eines Schutzes gegen die Eltern bedürfe; er könne

allein mit ihnen die schwebenden Punkte erleben und wie jeder andere Stand sich selber vor Beleidigungen und Beschuldigungen schützen. Demgegenüber gilt es aber zu bedenken, daß solche Eltern, die über den Lehrer sich beklagen zu müssen glauben, sich nie dauernd damit zufrieden geben, mit dem Lehrer allein zu verhandeln, sondern eine außer und zugleich in der Schule stehende unparteiische Instanz möglichst am Orte wünschen.

Man erkennt von Seiten vieler Lehrer in gewisser Weise die Notwendigkeit einer Ortschulinspektion an, indem man an mehrklassigen Schulen für die ersten Lehrer die Stellung als Hauptlehrer und Direktoren fordert. Aber was soll da mit den ein- und zweiklassigen Schulen werden, die bei uns über 50 pCt. aller Ortschulen betragen, und die noch dazu, oft auf entfernten Orten gelegen, wohl noch mehr der Aufsicht bedürfen als die Klassen einer mehrklassigen Schule? Außerdem erscheint es nach meinen Erfahrungen nicht wohlgetan, in kleinen Lehrkollegien einem von ihnen eine unbedingte Aufsichtsstellung einzuräumen; die Verhältnisse sind zu klein und eng, als daß ein ganz zwischen den andern Stehender auf die Dauer ohne empfindliche Störung des Verhältnisses über ihnen stehen könnte. — Daß Ortschulaufsicht nötig ist, beweisen die Erfahrungen der Staaten, in denen die eigentliche Ortschulaufsicht abgeschafft ist. Man vernimmt aus Baden, daß Bürgermeister und Landjäger angewiesen werden müssen, der Bezirksschulaufsicht, welche die Ortschulaufsicht nicht ersetzen kann, zu Hilfe zu kommen (vgl. Reichhold, die Früchte des Liberalismus in Baden).

Ist die Ortschulinspektion nötig um der Eltern, der Kinder und der Lehrer willen, so kann sie auf dem Lande nicht wohl durch jemand anders als durch den Geistlichen ausgeübt werden. Allerdings redet man unter dem Einflusse von Dörfels vielfach einer synodalen Organisation der Lokalaufsichtsbehörde wie überhaupt der Einführung stufenmäßiger synodaler Vertretungen auf dem Gebiete des Schulwesens das Wort, z. B. auf der letzten hannoverschen Provinziallehrerversammlung, aber sollte es sich empfehlen, die nach Analogie der reformierten presbyterialen Kirchenorganisation des Niederrheins geplante Schulverfassung Dörfels auf den wenig für sie geeigneten Boden des übrigen Deutschlands zu verpflanzen? Mögen parlamentarische und synodale Vertretungen auf dem Gebiete äußerer gesetzgeberischer Maßregeln von Wert sein, auf dem Gebiete der eigentlichen Erziehung werden kraftvolle Einzelpersonlichkeiten gleichmäßiger, intensiver und individueller wirken

können als vielgliedrige Kommissionen. Ist es aber wohlgetan, Einzelpersonlichkeiten für die Ortsschulaufsicht heranzuziehen, so kommt auf dem Lande vor allem der Geistliche in Betracht, der äußerlich und innerlich der Schule am nächsten steht. Es fragt sich nur, wie weit die Befugnisse der Ortsschulaufsicht zu gehen haben. Dörpfeld bezeichnet außer den das äußere Schulwesen betreffenden Funktionen folgende Stücke als Aufgaben der Lokalaufsicht: 1) Aufsicht über den Lebenswandel des Lehrers, 2) Kontrolle darüber, ob die Schularbeit wirklich geschieht, vorschriftsmäßig und pünktlich, 3) Beaufsichtigung der Schulzucht und des erziehlischen Geistes der Schule, 4) Unterstützung und Schutz des Schulamts, 5) Dispensation der Schüler für kürzere Zeit, 6) Entlassung der Schüler, 7) Urlaubserteilung an die Lehrer auf kürzere Zeit. Nun, mag man die Funktionen der Ortsschulaufsichtsbehörde hie und da im Einzelnen verschieden begrenzen, die wichtigste Funktion, die man ihr unbedingt zuzubilligen hat, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll, ist die, den erziehlischen Geist der Schule zu beaufsichtigen.

Dörpfeld und der deutsch-evangelische Schulkongreß wollen von dieser Aufsicht aber irgend welche Beeinflussung der methodisch-technischen Seite der Schularbeit geschieden wissen; die komme allein der sachmännischen Schulaufsichtsbehörde, dem Bezirksschulinspektor, zu. Aber unterliegt solche Scheidung von erziehlischer und methodisch-technischer Seite des Unterrichts nicht mancherlei Bedenken? Den erziehlischen Geist des Unterrichts beeinträchtigt es, um nur dies hervorzuheben, wenn der Lehrer selbst zu viel spricht und die Kinder nicht zur Selbständigkeit heranzieht, wenn er undeutliche und unreine Aussprache zuläßt, wenn er nicht scharf und klar gliedert, wenn er nicht stufenmäßig fortschreitet, wenn er das Gedächtnis übermäßig belastet; das sind aber alles zugleich Stücke, die ebenso die methodisch-technische Seite des Unterrichts berühren. Methodisch-technische Seite und erziehlische Seite greifen ineinander, aber der richtige Gedanke liegt jener Forderung Dörpfelds zu Grunde, daß für die Ortsschulinspektion die allgemein erziehlische Seite des Schulunterrichts im Vordergrund zu stehen hat, und die methodisch-technische Seite sekundär ist, während der Bezirksschulinspektor dieser Seite sonderlich sein Augenmerk zuzuwenden hat.

Aber ist der Geistliche fähig, diese Ortsschulaufsicht auszuüben? Wenn wir diese Frage besprechen, handelt es sich um eine Selbstprüfung, nicht um den Versuch, Gegner der

geistlichen Ortschulaufsicht für dieselbe zu gewinnen. Das würde auch durch den Nachweis, daß vollständige technische Schulung und Erfahrung auf Seiten des geistlichen Standes vorhanden wäre, nicht erreicht werden. Es ist von Dörpfeld offen und klar gesagt: „Angenommen, es besäßen alle Geistlichen, Philologen, Ärzte, Juristen usw. Kopf für Kopf die volle pädagogische Qualifikation für die Schulaufsicht, dann muß doch behauptet werden, daß denjenigen, welche nach ordnungsmäßiger Vorbildung in der Schularbeit von unten auf gedient haben, der nächste Anspruch auf diese Avancementsstellen gebührt.“ Man will nur Volksschullehrer als Schulaufsichtsbeamte haben. Nun es ist gewiß berechtigt, daß die Volksschullehrer zu Schulaufsichtsposten herangezogen werden, wenn sie dafür befähigt sind, aber für die Ortschulaufsicht sie zu verwenden, wenn es sich nicht um größere Schulkomplexe handelt, ist doch nicht möglich, da ein einzelner Lehrer sich nicht selbst beaufsichtigen kann, und eine Beaufsichtigung weniger Lehrer durch einen in ihrer Mitte stehenden, wie schon bemerkt, mancherlei Bedenken unterliegt. Da bleibt eben keine geeignetere Persönlichkeit übrig als die des Geistlichen.

„Es ist freilich wahr,“ sagt der Schulrat Grüllich, „die volle fachmännische Bildung geht dem Geistlichen als solchem ab, aber seine allgemeine Bildung hat eine breite und tiefe Grundlage, seine besondere ist mit den pädagogischen in vielfache Berührung getreten — und vor allem braucht sich des Geistlichen Aufsicht gar nicht auf die ganze technische Arbeit des Lehrers zu erstrecken. Der Geistliche möge mit warmem Interesse an der Jugendbildung, mit jugend- und lehrerfreundlichem Gemüte in die Schulwerkstätte eintreten; er möge sein Augenmerk darauf richten, ob sich die ganze Schulhaltung im Geiste des Gesetzes und treuer Pflichterfüllung bewege, mehr den Stand der Kenntnisse, die Denkfähigkeit der Kinder, den Lehrgeist und den Lehrton, ob er aus dem Herzen zum Herzen bringe, beachten, als die Methode und die eigentliche Technik beeinflussen wollen, vorausgesetzt nämlich, daß er nicht selbst längere Zeit im Schuldienste tätig gewesen ist. Er möge mit darauf hinwirken, daß ein Geist sittlicher, ernstlicher Zucht durch die Schule wehe, seine Beteiligung an dem Werke des Lehrers überhaupt in dem Sinne auffassen, daß es sich handle um eine gemeinsame hohe Aufgabe der Volksveredelung im Geiste der Liebe und des Weiterstrebens. Dies liegt alles im Kreise der Ausführungsmöglichkeit, und eine solche Ortschulaufsicht wird und muß jeder Lehrer als eine berechnigte und segensreiche anerkennen.“

Gewiß ist liebevolle Gesamtbeeinflussung des Geistes in der Volksschule für den Ortsschulinspektor die Hauptaufgabe, um so mehr als das Heil der Schule nicht in den allein selig machenden Methoden liegt, die jetzt in ihrem Werte vielfach überschätzt werden, und solche Beeinflussung ist jedem Geistlichen nach seiner Vorbildung ohne weiteres möglich. Aber ohne schultechnische Bildung wird diese Beeinflussung leicht in der Luft schweben, und deshalb darf schultechnische Bildung nicht fehlen. Sie ist bei vielen Geistlichen, die in Unterrichtstätigkeit gestanden haben, voll und ganz vorhanden, und in den Grundlagen bei allen.

Fehlt einem Geistlichen die allgemein pädagogische und allgemein didaktische Bildung, so ist das in erster Linie ein Fehler, der dem Geistlichen als Geistlichen anzurechnen ist, ganz abgesehen von der Schulinspektion. Ganz dasselbe aber gilt von der Methode des Religionsunterrichts. Der Religionsunterricht aber ist wiederum nicht nur ein Hauptstück des Volksschulunterrichtes überhaupt, sondern in sich so mannigfaltig, daß das hier gelernte Methodische vielfach auch anderen Unterrichtszweigen zugute kommt. Da bleibt dann freilich immer noch ein Rest, und den muß der Geistliche speziell um seiner Schulinspektion willen sich anzueignen suchen, und wer möchte behaupten, daß dies bei jenen Voraussetzungen dem Geistlichen zu schwer fallen könnte?

Zwar die moderne Pädagogik wird dem entgegenhalten, dieser Behauptung liege die hergebrachte geringschätzigte Auffassung der Lehrerbildung zu Grunde. Man redet von weitgreifenden, ethischen, psychologischen, logischen Studien, welche die Lehrer machen müßten; aber wir halten diese Lehrerbildung angesichts der Wirklichkeit und ihrer Möglichkeiten für ein Phantom. Sollten jene Pläne wirklich durchgeführt werden, dann müßte die Elite der Begabten sich dem Volksschullehrerstande widmen, und die Lehrer müßten wesentlich akademische Studien machen; an beides aber ist aus vielen Gründen nicht zu denken, und ob schließlich die Volksschule dabei gut führe, ist sehr zweifelhaft.

Aber man wendet noch ein anderes ein. Man verweist uns auf die Wirklichkeit, auf die Tatsache, daß es um die schulmännische Bildung einzelner Geistlicher nicht so bestellt ist, wie es sein sollte. Nun, wir gestehen zu, daß es einzelne untüchtige Ortsschulinspektoren gibt, wie es in jeder Berufstätigkeit geringwertige Kräfte gibt, ja wir geben zu, daß hier und da die schulmännische Bildung der Geistlichen

zu wünschen übrig läßt; es müßte mehr Gewicht auf jene speziell um der Schulinspektion willen zu gewinnende Bildung gelegt werden. Aber dieser Mangel gibt jedoch keinen Anlaß zur Bestreitung der geistlichen Schulinspektion als solcher, sondern nur Anlaß auf Abstellung solcher Mißstände hinzuwirken. Es darf die Aneignung jener speziellen technischen Ergänzungsbildung für die Ortschulinspektion nicht mehr in dem bisherigen Maße dem Belieben des Einzelnen überlassen bleiben, sondern muß obligatorisch werden. Wenn die Kirche das fernerhin unterläßt, macht sie sich einer schweren Verschämmnis schuldig. Der einfachste, gewiesenste Weg, jenem Mangel abzuhelpen, ist die entsprechende Ausgestaltung des kirchlichen Seminars, das doch berufen ist zu den Aufgaben des praktischen Kirchendienstes und somit auch für die Schulaufgaben des Geistlichen vorzubereiten. Wenn im Predigerseminar zu Wolfenbüttel eine ähnliche methodische Einführung in die Arbeit der Volksschule wie in Loccum und Erichsburg erteilt würde, wäre viel gewonnen. Ohne Herbeiziehung einer neuen Lehrkraft oder Hilfs-Lehrkraft für das Predigerseminar wird das freilich nicht möglich sein.

Die geistliche Ortschulinspektion ist, so haben wir gesehen, auf dem Lande unentbehrlich. Wünschenswert ist auch die geistliche Bezirksschulaufsicht, weil sie die beste Bürgschaft für das Zusammenarbeiten von Kirche und Schule bietet. Mag auch eine hauptamtliche Ausübung des Schulinspektors durch Lehrer manche Vorzüge haben, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß eine nebenamtliche Verwaltung des Schulinspektors durch pädagogisch fähige Geistliche, deren Hauptamt nicht zu arbeitsreich ist, in ausreichender Weise ausgeübt werden kann. Ein im Nebenamte fungierender Schulinspektor ist ganz wohl in der Lage, jede Schule seines Bezirkes jährlich 1—2 mal eingehend zu visitieren und die Schulen schwächerer Lehrer und junger Anfänger 2—3 mal. Häufigere Visitationen des Bezirksschulinspektors sind, wenn die Ortschulinspektion ihre Pflicht tut, bei normalen Verhältnissen nicht erforderlich, da dadurch die Schulen Gefahr laufen würden, zu viel Gewicht auf mechanisches Einlernen und auf äußeren Schein zu legen, und Verstand und Wissen wohl zu mehren, aber das Herz der Kleinen nicht zu seinem natürlichen Rechte kommen zu lassen. Die hauptamtliche Bezirksschulaufsicht kann leicht in die Gefahr geraten, zu häufige Visitationen vorzunehmen, und wird auch in Gefahr stehen, die Fühlung mit dem Leben zu verlieren. Ein rein technischer

Inspektor, der außer Inspektionsreisen, Prüfung, Leitung von Konferenzen, Anfertigung von Berichten und Tabellen keine Tätigkeit hat, wird leicht den Blick für die realen Verhältnisse verlieren, das Leben nach der Schule messen und reiner Vollstrecker von Gesetzesparagrafen werden.

Die geistliche Bezirkschulaufsicht im Nebenamte ist diesen Gefahren enthoben. Aber soll sie in segensreicher Weise ausgeübt werden, dann ist allerdings zu fordern, daß nur solche Geistliche dazu ernannt werden, die pädagogisch sich bewährt haben, denn die Bezirkschulaufsicht erfordert mannigfache pädagogische Erfahrung und die Fähigkeit, in bezug auf Lehrstoff und Lehrform anregend zu wirken und die fortschreitende Wissenschaft in die Praxis zu übersehen; und weiter ist zu fordern, daß solche Superintendenten, die eine umfangreichere Gemeinde haben oder zu betagt sind, um die anstrengenden Visitationsreisen zu leisten, von der Schulinspektion befreit werden, und jüngere geeignete Geistliche, auf die zeitig das Augenmerk zu richten wäre, damit betraut werden. Eine Arbeitsteilung kann in manchen Fällen nur ein Gewinn sein, so gewiß es für die Einheitlichkeit des Zusammenarbeitens von Kirche und Schule an und für sich wünschenswert ist, daß Superintendentur und Schulinspektorat in einer Hand sind.

Was wir wollen, ist der positiv christliche Charakter der Volksschule, der Charakter der Volksschule als einer christlichen Erziehungsanstalt. Wesentliches Mittel, dies zu erreichen, ist und bleibt die Wahrnehmung der Schulinspektion in erster und zweiter Instanz durch kirchliche Organe, und deshalb kämpfen wir dafür, aber die Hauptsache wird immer sein, daß die oberste Kirchenbehörde einen maßgebenden Einfluß auf das Schulwesen hat, und wie könnte der in kleinen Verhältnissen einfacher und zweckmäßiger ermöglicht werden, als daß die Kirchenbehörde mit der Leitung des Volksschulwesens betraut wird? Das Herzogliche Konsistorium ist nach seiner Stellung und Zusammensetzung in der Lage, ebenso die Interessen des Staates, wie der Schule und der Kirche wahrzunehmen und so allseitig die Aufgabe und Ziele der Jugendbildung zu vertreten. Eine besondere Oberschulbehörde für das Volksschulwesen würde keine wesentlich andere Zusammensetzung aufweisen wie das Konsistorium, da die Schulmänner der Oberschulbehörde wohl größtenteils Theologen sein würden, die länger im Dienste der Schule gestanden haben, und das juristische Element in der Behörde nicht fehlen könnte und dürfte. Weshalb aber zwei wesentlich gleichartige Be-

PH

hörden neben einander statt einer, die ihren Aufgaben vollständig gerecht werden kann?

Im Interesse wahrer Volkspädagogik halten wir an der jetzigen Verbindung von Kirche und Schule fest. Dieselbe wahrt am einfachsten und zweckmäßigsten den erziehlischen Charakter des Unterrichts, die zentrale Stellung der religiös-sittlichen Unterweisung. Wohl gibt es auch von der Kirche losgelöste christliche Mächte, aber die Kirche ist und bleibt die Trägerin des Christentums, und das von ihr losgelöste Christliche ist unzuverlässig. Bestrebungen, welche die Volksschule von der Kirche emanzipieren und sie zu einem Staate im Staate machen wollen, würden schließlich eine einseitige Bevorzugung des intellektuellen Bildungselements und eine schwere Erschütterung der sittlich-religiösen Grundlagen des Staatslebens zur Folge haben. Die jetzige Verbindung von Kirche und Schule trägt freilich den Geistlichen auch Antipathie ein. Aber das Verhältnis zwischen Pfarrern und Lehrern ist in Wirklichkeit besser, als es sich in den Lehrerzeitungen repräsentiert, und durch rechten Takt und Treue können die Diener der Kirche viel von dem Odium mildern, das ihre Schultätigkeit ihnen bereitet.

Der Treue bedarf es auf unserer Seite. Wir haben klare, übersichtliche, organische Schulverhältnisse, wir können mit Freudigkeit für die Volksschule wirken. Um so mehr gilt es jetzt auf dem Posten zu sein. Es tut in unsern Kreisen mehr pädagogisches Studium in Studierstube und auf Konferenzen not, es sind ausgedehntere und sorgfältigere Schulbesuche der Ortschulinspektoren erforderlich, die sie zu einem zutreffenden Urteil über den ganzen Schulbetrieb der ihnen unterstellten Schulen befähigt und so in den Stand setzen, den Bezirksschulinspektoren wirkliche Handreichung zu leisten. Weiter muß noch mehr bis ins einzelne gehendes Hand in Hand-Arbeiten von Bezirksschulinspektoren und Lokalschulinspektoren angestrebt werden, und schließlich sind straffere methodische Visitationen der Bezirksschulinspektoren, die sich auf die ganze Unterrichtsmethode der Lehrer erstrecken, und umfassendere Direktion der Bezirks- und Lokalschulinspektoren durch die obere Behörde erwünscht.

Möchte der Herr uns seine Weisheit und Kraft geben, diese Mängel mit allem Ernst zu beseitigen und immer mehr rechte Schulpfleger zu werden, die in Einigkeit mit dem Lehramte die Jugend fördern und zu brauchbaren, tüchtigen Menschen mit klarem Kopf, warmem Herzen und festem, reinem Willen erziehen helfen!

Druck von Robert Angermann, Wolfenbüttel.

46/11200

